

## KOMMUNIKATIONSPOLITIK / POLITISCHE KOMMUNIKATION

Marc Raboy/Bernard Dagenais (ed.): *Media, Crisis and Democracy*. Mass Media and the Disruption of Social Order. – London, Newbury Park, New Delhi: Sage Publications 1992, 199 Seiten, £ 10,95.

Der vorliegende Sammelband, den die Herausgeber mit einem zusammenfassenden Überblick einleiten, enthält elf Beiträge verschiedener Autoren: *John Keane, Mustapha Masmoudi, Douglas Kellner, Julian Halliday/Sue Curry Jansen/James Schneider, Karol Jakubowicz, George Gerbner, Peter A. Bruck, Bernard Dagenais, Marc Raboy, Lorna Roth* und *Armand Mattelart/Michèle Mattelart*. Es handelt sich größtenteils um überarbeitete Versionen von Vorträgen bei der internationalen Konferenz »Media and Crisis«. Die Konferenz fand im Oktober 1990 an der Laval University in Québec, Kanada, statt.

Die Autoren stimmen weitgehend darin überein, daß Krisen Zustände darstellen, in denen die soziale Ordnung eines oder mehrerer Staaten bedroht, gefährdet oder sogar zerfallen ist; eine Änderung des Status quo steht hier in Frage und kann erwünscht oder befürchtet werden. Dabei sind sowohl das Urteil über die Notwendigkeit einer Änderung als auch die Etikettierung eines bestimmten Zustands als Krise ideologisch determiniert. Das gleiche gilt für die Etikettierung eines spezifischen Zustands als Normalität. Diese Etikettierungs- und Definitionsfunktion übernehmen in liberalen Demokratien weitgehend die Massenmedien. Mit anderen Worten: Die Massenmedien bestimmen wesentlich, ob eine bestimmte Situation überhaupt als Krise wahrgenommen wird, wobei ihr Einfluß nicht nur die (passiv rezipierenden) Normalbürger, sondern auch die politischen Akteure betrifft.

Die einzelnen Aufsätze kreisen um das Beziehungsgeflecht zwischen Medien, Krisen und staatlichem Handeln. Die Autoren diskutieren sehr unterschiedliche Phänomene des jüngsten Weltgeschehens aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Zentral ist hierbei allerdings immer die Zielrichtung auf die Frage, inwiefern die Massenmedien eine demokratische Funktion erfüllen; und das läßt sich gerade in Krisensituationen kritisch beleuchten: Der Krisenberichterstattung selbst kommt – so der Grundtenor der Mehrzahl der Untersuchungen – vielfach ein

krisenkonstituierendes und den Krisenverlauf modifizierendes Moment zu.

Selbst wenn einige Beiträge spekulativ-essayistische Züge aufweisen, bietet der Sammelband einen fundierten Einblick in zum Teil divergierende Betrachtungs- und Interpretationsweisen des Verhältnisses von Massenmedien, Krise und Demokratie. Gerade auch die relativ breite internationale Streuung machen den Reiz dieser Publikation aus.

JOACHIM FRIEDRICH STAAB, Ludwigshafen

Günther Rager/Bernd Weber (Hrsg.): *Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik*. Mehr Medien – mehr Inhalte? – Düsseldorf, Wien, New York: Econ Verlag 1992, 304 Seiten, DM 29,80.

Der vorliegende Reader umfaßt zwölf Beiträge zu verschiedenen Aspekten des Konzepts der publizistische Vielfalt (insbesondere im deutschen Mediensystem), ergänzt durch einen einleitenden Beitrag der Herausgeber. Im Zentrum des Bandes steht die Frage, inwiefern publizistische Vielfalt im Sinne von Informations- und Meinungsvielfalt gewährleistet ist bzw. gewährleistet werden kann.

*Holger Rust* beschäftigt sich mit den Folgen der internationalen Medienkonzentration, wobei er vor allem drei Gesichtspunkte akzentuiert: die Konzentration diversifizierter Medienmacht auf wenige multinationale Unternehmen, das Engagement branchenfremder Konzerne sowie die Aktivitäten bundesdeutscher Verlage im Ausland und der ehemaligen DDR. *Will Teichert* zeichnet den Prozeß der Regionalisierung des Rundfunks in den letzten Jahren nach, hebt hervor, wie hier Kommerzialisierung und Vermarktungsstrategien hineinwirken und kommt zu einem pessimistischen Resümee: »Die ursprünglichen Ziele könnten nach wie vor Gültigkeit beanspruchen, sind aber von der faktischen Entwicklung zum dualen Rundfunksystem überholt worden.« *Otfried Jarren* reanalysiert die Ergebnisse theoretischer und empirischer Studien zum Beitrag lokaler und sublokaler Printmedien (insbesondere der sogenannten Alternativpresse) zur publizistischen Vielfalt. Hierbei differenziert er

zwischen drei Entwicklungen: Die neuen Printmedien tragen seiner Ansicht nach zur Erweiterung des Vermittlungssystems – vor allem in Hinsicht auf Agenda-Building-Prozesse – bei, sie etablieren neue Formen der Informationsvermittlung, und sie präsentieren neue Themen und Wertvorstellungen. *Udo Branahl* erörtert das Konzept der publizistischen Vielfalt unter medienrechtlicher Perspektive, wobei er drei Aspekte hervorhebt: publizistische Vielfalt als Rechtsbegriff, als Verfassungsgebot und als Rechtspflicht. Abschließend stellt er die gesetzlichen Regelungen zur Sicherung des Vielfaltgebots dar. *Ulrich Saxer* diskutiert das Vielfaltspostulat in einem systemtheoretischen Sinn »mit dem Erkenntnisziel, einen Beitrag zu einer Theorie medienpolitischer Systeme ... zu leisten«. In den Vordergrund rückt er dabei verschiedene staatliche Maßnahmen. *Karl Erik Gustafsson* gibt einen Überblick über die schwedische Presseförderungsgeschichte. *Bernd Blöbaum* geht davon aus, daß das »soziale System Journalismus«, das sich seit dem späten 18. Jahrhundert zu einem eigenständigen Bereich entwickelt hat, das »Medium Öffentlichkeit« formt. Professionelle journalistische Regeln und Normen gewährleisten – so die These – publizistische Vielfalt. *Katharina Mehring* beleuchtet das Verhältnis von Öffentlichkeitsarbeit und publizistischer Vielfalt. Sie hebt das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis von PR und Medien hervor, das publizistische Vielfalt fördern könne, wenn sich das Mediensystem den Repräsentationsbedarf der PR-Treibenden zunutze mache, ohne sich ihm auszuliefern. *Runar Woldt* referiert die Ergebnisse von Inhaltsanalysen, in denen explizit oder implizit publizistische Vielfalt gemessen wurde. Er unterscheidet zwei Forschungsbereiche – Analysen von Printmedien unter verschiedenen Konkurrenzsituationen sowie Analysen des Rundfunks unter verschiedenen Organisationsformen – und konstatiert für beide zwar einen methodischen Fortschritt hinsichtlich der Differenzierung des inhaltsanalytischen Instrumentariums, aber auch eine »(Selbst-)Beschränkung« im Hinblick auf die Themenbreite sowie die Integration der vorhandenen Ansätze und Methoden. *Christian Schurig* und *Albrecht Kutteroff* schildern die Problematik der Kontrolle von Informations- und Meinungsvielfalt am Beispiel des privaten Hörfunks in Baden-Württemberg. Neben der Darstellung der rechtlichen Grundlagen referieren sie die Ergebnisse von zwei Fallstudien. *Jürgen Heinrich* erörtert das Konzept der publizisti-

schen Vielfalt aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive und hebt darauf ab, daß diese kein Wert an sich sei, sondern erst durch die Präferenzen der einzelnen Mediennutzer legitimiert werde. Die (vergleichsweise hohen) Kosten und der Nutzen der Vielfalt reguliere dabei die Nachfrage der Rezipienten nach einem für sie optimalen Spektrum. *Bernd Weber* gibt einen Überblick über die verschiedenen Formen der Pressekonzentration in der Bundesrepublik Deutschland, referiert knapp die zentralen Befunde empirischer Studien zur publizistischen Vielfalt und kommt zu dem Ergebnis, die Vielfalt auf dem Zeitungssektor sei angesichts des erreichten Konzentrationsstandes nicht mehr außenpluralistisch gesichert, und somit sei ein binnenpluralistisches Ordnungsmodell den realen Verhältnissen eher angemessen.

Insgesamt liefert dieser Reader einen breit gefächerten Überblick über den Stand der kommunikationswissenschaftlichen, medienpolitischen, medienökonomischen und medienrechtlichen Auseinandersetzung um das Konzept der publizistischen Vielfalt. Besonders hervorzuheben ist vor allem die Perspektivenvielfalt, die hier geboten wird. Nicht zuletzt sei das umfangreiche Literaturverzeichnis erwähnt. Zu bemängeln bleibt lediglich, daß die einzelnen Beiträge recht unverbunden nebeneinander stehen, woraus manche Redundanzen resultieren.

JOACHIM FRIEDRICH STAAB, Ludwigshafen

Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis u.a. (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. – Wien: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung 1991 (2. Aufl. 1993), 870 Seiten, DM 109,-.

Wer um 1990 zum Vorgängerwerk dieses hier anzuzeigenden Werkes griff, dem vom jetzigen Nationalratspräsidenten Heinz Fischer erstmals 1974 und in einer dritten Auflage 1982 herausgegebenen Buch »Das politische System Österreichs«, der merkte schnell, daß er ganz offensichtlich eine historisch – oder doch zeitgeschichtlich – gewordene Darstellung in Händen hatte. Ende der 80er Jahre lief der politische und gesellschaftliche Wandel in Österreich in einem derartigen Tempo ab, daß nur noch wenige Sachverhalte aus den 70er Jahren gleich blieben. Und erst recht konnten die gängigen